



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Achtung! Ausdruck der 1. Seite!

P/VI/280 - 3.12.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Bundesregierung ohne Mehrheit	S. 1
In Rom fiel keine Entscheidung	S. 3
Wirtschafts "Aufbauplan" für Berlin	S. 5
Wahlpolitik auf eigene Faust	S. 6

Halbzeitstand: 8 : 0 für die SPD

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Im Kampf zwischen Regierung und Opposition geht es um die Fundamente der demokratischen Republik und um die zukünftige Stellung des Deutschen Volkes im Kreise der freien Nationen. Wertmesser für den Stand dieser Auseinandersetzung sind dabei auch die acht Bundestagsnachwahlen, von der in Kulmbach am 14.5.1950, bis zu der am letzten Sonntag in Nürnberg-Meth. Um es in der so beliebten Sprache des Fußballsports zu sagen: Das Spiel steht bei Halbzeit 8:0 für die SPD.

Mathematisch ausgedrückt: Die SPD hat in jeder Nachwahl Stimmen gewonnen, die Regierungsparteien haben - insgesamt gesehen - Stimmen verloren. Der durchschnittliche Gewinn der Opposition beträgt 11%. Bei den bisherigen acht Nachwahlen entfielen auf die SPD 43,3%, auf die Parteien der Bonner Regierungskoalition insgesamt nur 42,8%. Der Halbzeitstand eines Kampfes ist schon aus psychologischen Gründen für seinen Ausgang sehr wichtig. Auch die Koalition scheint etwas davon zu wissen, ihre wachsende Nervosität und die sich häufenden "fouls" zeigen, daß man Angst vor dem Spruch hat, den der Schiedsrichter - die Wähler - bei Ende des Spieles 8:3 verkünden wird.

Bei den Nachwahlen hat vor allem das System der "Blockpolitik" versagt. Je mehr Parteien sich aus Angst vor der Sozialdemokratie zusammengeschlossen, umso größer wurden die Wahlverluste. Angst scheint von den Wählern nicht sehr als positiver politischer Faktor

geschätzt zu werden. Die CDU verlor jedoch in jedem Fall, auch wenn sie gelegentlich einen "Alleingang" versuchte. Sie verlor - wenn auch verschieden stark - in städtischen und ländlichen Kreisen ebenso, wie in evangelischen und katholischen. Ebenso sicher gewann die SPD - auch in ländlichen und auch in katholischen Kreisen. Um einen in Westdeutschland schon beinahe "kabinettsfähigen" Märchen zu begegnen, muß gesagt werden, daß die SPD dabei um ein Vielfaches mehr gewann als etwa die SPD verlor. Einfach deshalb, weil die Kommunisten nachgels Masse nicht mehr viel zu verlieren hatten - aber natürlich auch aus sehr vielen anderen Gründen. In vier von den acht Wahlkreisen errang die Opposition die absolute Mehrheit, in einem fünften, in Wald-eck, stieg ihr Stimmenanteil von 27,2 auf 47,5%.

Es gibt kein "Geheimnis des Erfolges". Es gibt aber einen Instinkt des Volkes für ehrliche sozialpolitische Bemühungen, für echten Kampf um echte Gleichberechtigung und für ein sauberes Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem ganzen deutschen Volke diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges. Diese Pluspunkte der Opposition gelien von der anderen Seite jetzt durch verstärkte "Propaganda" ausgeglichen werden. Aber das Gefühl, daß die Regierungsparteien Verantwortung in erster Linie für bestimmte Gruppen tragen, daß ihr außenpolitisches Streben mehr auf gewisse Interessenkoordinationen in einem dazu prädestinierten Kurs als auf die Erringung der Freiheit und Gleichheit des deutschen Volkes hinausläuft, dieses Gefühl dürfte auch durch Propaganda kaum mehr auszulöschen sein. Die acht Nachwahlen sollten auch die Westalliierten aufhorchen lassen, die im Begriff sind, schwerwiegende Verträge mit einer Regierung abzuschließen, der der Boden unter den Füßen immer mehr entgleitet.

Die erste Halbzeit hat bewiesen, daß die Opposition nach einem gut durchdachten System, schnell, flüssig und erfolgreich im Angriff ist. Dagegen fehlen auf der anderen Seite der Schwung und - die Terschützen. Jetzt will man "mauern". Aber erfahrungsgemäß wirkt das nicht bei einer erfahrenen Mannschaft. Die zweite Halbzeit wird es beweisen.

Von Rom nach Lissabon

v. sch. - Rom, Anfang Dezember

Auf der Konferenz der Atlantikpakt-Mächte ist kein einziges Problem entschieden worden, nicht einmal die leidige Frage, ob ein amerikanischer oder ein englischer Admiral das Oberkommando über die Seestreitkräfte im Atlantischen Ozean ausüben, oder ob das neue amerikanische, bzw. das neue englische Gewehr als Standardwaffe der Streitkräfte in Europa eingeführt werden soll. Wesentlicher ist, dass auch das viel wichtigere Problem, wie man die militärischen Erfordernisse einer schnellen Aufrüstung Westeuropas mit den wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen und politischen Notwendigkeiten der beteiligten Völker in Einklang bringen kann, ungelöst blieb.

Die Kernfrage, um die sich die Konferenz in Rom drehte, war, ob und in welcher Form Deutschland in die Verteidigungsfront des Westens eingegliedert werden soll. General Eisenhower ist entschlossen für den Plan einer europäischen Armee unter Einbeziehung Deutschlands eingetreten. Er hat selbst offen gestanden, daß er noch vor einem Jahr über diesen Gedanken "entsetzt" war und seine Durchführung für "unmöglich" hielt. Aber er habe sich inzwischen zu ihm bekehrt und halte seine Verwirklichung nicht nur für wünschenswert, sondern auch für notwendig.

Eisenhower ist einstweilen nur ein General, der die ihm anvertrauten Aufgaben vor allem vom militärischen Gesichtspunkt betrachtet. Mit dem Rechenstift kalkuliert er die Divisionen dies- und jenseits des Eisernen Vorhanges und kommt zu der Ansicht, daß er Westeuropa ohne ein Minimum von zwölf deutschen Divisionen nicht verteidigen könnte. Da ihm gesagt worden ist, daß vor allem Frankreich diese deutsche Beteiligung wenn überhaupt, dann nur im Rahmen einer Europa-Armee akzeptieren würde, setzt er sich mit Feuer und Flamme für diesen Plan ein. Und da ihm von französischer Seite klargemacht wurde, daß auch die Montan-Union eine Voraussetzung der französischen Zustimmung ist, lobte er im gleichen Atemzuge den Schuman-Plan und die Europa-Armee als "zwei große Schritte vorwärts auf dem Wege zur Verwirklichung eines Vereinigten Europas". Das war politisch nicht sehr weitsichtig oder gar staatsmännisch.

Die Gespräche, die Bundeskanzler Adenauer am Vorabend der Rom-Konferenz in Paris geführt hat, scheinen seine Partner, insbesondere den Franzosen Robert Schuman, so befriedigt zu haben, daß sich die Verantwortlichen stark gemacht haben, der nächsten Tagung in Lissabon am 2. Februar 1952 einen fertigen, von allen beteiligten Regierungen unterzeichneten - aber natürlich von den Parlamenten ihrer Länder noch nicht ratifizierten - Vertragsentwurf für die künftige Europa-Armee vorzulegen.

Das erscheint selbst in der Betrachtung der Befürworter reichlich optimistisch. Die rein militärischen Gesichtspunkte des Projektes sind offenbar durch die Pariser Spezialkonferenz soweit geklärt, daß dieser Termin ohne weiteres eingehalten werden könnte. Aber die französische Regierung will ja darüber hinaus, wie für den Plan der Montan-Union, eine "übernationale Autorität" schaffen, die für den Ausbau und die Verwendung der übernationalen Armee zuständig wäre. Dieser ehrgeizige Gedanke wirft schwerwiegende politische und sogar verfassungsrechtliche Probleme auf, die insbesondere die Benelux-Staatengruppe mit ernststen Bedenken erfüllen. Vor allem aber ist es nach der entschiedenen Kampfansage de Gaulles an den Plan der gemeinsamen Armee nicht einmal sicher, ob die jetzige französische Regierung vom eigenen Parlament das Vertrauen erhalten und ob Robert Schuman am 2. Februar noch Frankreichs Außenminister sein wird.

Und was steht es mit Deutschland? Als ich den italienischen Ministerpräsidenten und Außenminister de Gasperi auf seiner abschließenden Pressekonferenz fragte, ob das deutsche Kontingent nach seiner Ansicht aus der allgemeinen Wehrpflicht hervorgehen oder aus Freiwilligen rekrutiert werden würde, antwortete er ganz entschieden: "Zweifellos wird es eine Armee der allgemeinen Wehrpflicht sein". Und er schien aus den Wolken zu fallen, als ich meinte, das setze wohl im Bonner Parlament eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit voraus. Niemand hätte bisher diesen Punkt aufgeworfen, erwiderte er.

Entweder sind die in Rom zusammengekommenen Staatsmänner (und Militärs) über die großen politischen und verfassungsrechtlichen Probleme, die ihre Pläne und Beschlüsse in verschiedenen Ländern aufwerfen, nur oberflächlich unterrichtet worden, oder sie sind ihnen bewußt aus dem Wege gegangen. Aber so läßt sich keine ernsthafte Welt-politik treiben.

Berlin-Wahlen müssen kommen

W.B. - Berlin

Die Machthaber der Sowjetzone haben es mit ihren andauernden Verkehrsschikanen zum allgemeinen Stop im legalen Interzonenhandel gebracht. Für Westberlin ergeben sich neue Schwierigkeiten. Da die vertraglich vorgesehenen Braunkohlenlieferungen aus Mitteldeutschland ausgeblieben sind, können zunächst nur fünf Zentner Briketts pro Familie zugeteilt werden. Das ist wenig, und niemand weiß noch, wie streng der Winter werden wird.

Aber schon kommt die östliche Seite mit einem neuen Dreh. Der für Interzonenfragen verantwortliche Josef Orlopp fordert, der innerdeutsche Handel solle "in deutsche Hände" überführt werden. Und die sowjetzonale Wahlkommission unter dem Vorsitz von Walter Ulbricht hat verkünden lassen, alles würde eitel Freude werden, wenn sich der deutsche Westen nur zu gesamtdeutschen Beratungen bereitfände. Mit der Annahme eines Wahlgesetzes seien dann "alle Beschränkungen im Personenverkehr zwischen den Zonen und mit Berlin aufzuheben".

Freilich fehlt, während Ulbricht und seine Leute mit Versprechungen um sich werfen, von der vorgesetzten sowjetischen Seite jegliche Festlegung auf freie Wahlen unter internationaler Kontrolle. Als sich das offiziöse Pseudonym N.Orlov kürzlich des Längeren in der "Täglichen Rundschau" verbreitete, blieb alles in der Schwebe - bis auf die kategorische Ablehnung einer Wahlprüfungskommission der Vereinten Nationen ...

Inzwischen haben die Berliner zur Kenntnis nehmen können, daß ihnen das Zentralkomitee der SED einen Vorschlag "Für den Aufbau Berlins" unterbreitet hat. Er läuft im wesentlichen darauf hinaus, daß im kommenden Jahr "mit Schwerpunkt Stalinallee" Wohnhäuser und Hochhäuser gebaut werden sollen - wozu die Arbeiter und Angestellten mit drei Prozent des Einkommens und mit "freiwilligen" Extraschichten beizutragen haben werden. Großzügigerweise wird vorgeschlagen, "den Neuaufbau Berlins auch in Westberlin zu beginnen". Immerhin unberührt es kaum einem Zweifel, daß sich der Osten sein angekündigtes Projekt einiges kosten lassen wird.

Aber eine Antwort auf die längst fällige, konkrete Forderung nach Wahlen zunächst in Berlin und später in ganz Deutschland, stellt natürlich auch die Aufbau-Propaganda wieder nicht dar, Leider muß man aber auch feststellen, daß das offizielle Bonn nicht alles getan hat, um diese Forderung in den Mittelpunkt zu rücken und klare Antworten zu erzwingen. Im Gegenteil: Es war bedenklich still geworden, seit sich das Berliner Abgeordnetenhaus am 22. September und der Bundestag fünf Tage später zu gesamtberliner Wahlen als dem möglichen Auftakt zu gesamtdeutschen Wahlen bekannt hatten. Die Bundesregierung hat nichts weiter unternommen. Auf diese Inaktivität hat Dr. Schumacher in seinen Briefen an den Bundeskanzler vom 9. und 12. November hingewiesen. Dieser letzte ist bis heute noch nicht beantwortet worden. Offenbar ist noch immer nichts geschehen, um die Berliner Wahlforderung den in Frage kommenden alliierten Stellen gegenüber aufzurollen.

Es ist darum nicht verwunderlich, daß sich die Berliner nochmals zu Wort melden und nach konkreten Schritten der Bundesregierung fragen - so, wie sie auf der Ebene des Bundesrats den Versuch gemacht haben, den Entwurf einer gesamtdeutschen Wahlordnung von den peinlichen Auflagen der Bundesregierung zu befreien.

+ + +

K e i n e Saarpolitik

(sp) Seit der Saar-Note der Alliierten, mit der keines der die Bundesrepublik angehenden Probleme des Saarlandes geklärt wurde, sind auch nicht einmal mehr Anzeichen für Bemühungen der Bundesregierung um eine Saarpolitik zu erkennen. Das letzte, von dem man in dieser Hinsicht hörte, war der Vorstoß der SPD vor der Versammlung in Straßburg.

Dabei hat sich der französische Druck auf die Saar weiterhin verstärkt. Die Regierung Hoffmann tut, was sie kann, um "eine souveräne Saar" als Vasall Frankreichs zu schaffen. Verpachtung der Warndt-Gruben an Frankreich, geplanter Austausch diplomatischer Vertreter, Kandidatur einer CVP-Liste B als "Oppositionspartei" bei den Gemeindewahlen von Körprich, keine Aufhebung des DPS-Verbotes, und die aus Saarbrücken kommende offiziöse Propaganda, deren Initiator der einstige Referent für Saarpolitik im NS-Propagandaministerium

ist - das alles sind nur einige der Symptome für das Andauern jener Politik der vollendeten Tatsachen, die Frankreich in dieser Frage treibt.

So heikel das ganze Problem für die Bundesregierung angesichts der in Paris bestätigten Washingtoner Beschlüsse und des Plevin-Plans sein mag, so ist es nicht möglich, der Entwicklung an der Saar untätig zuzusehen. Nicht etwa, weil im nächsten Jahr dort Landtagswahlen sein werden, sondern weil es um die Sicherung der deutschen Position - einschließlich des Saargebietes - in der westlichen Gemeinschaft geht. Wenn die Bundesregierung die Saarprobleme nicht anschnit- det und hofft, eine Lösung würde sich schon eines Tages von allein ergeben, so ist das absurd, weil gleichzeitig französische Maßnahmen ihre Wirkung tun, die die Lösung des Problems vorwegnehmen sollen. Aber die Passivität der Bundesregierung in der Saarfrage hat noch eine andere Folge. Es ist die der Ermunterung einzelner politischer Kräfte, eine Saarpolitik auf eigene Faust zu treiben.

Wir bezweifeln z.B. sehr, daß die Bundesregierung und die Sachbearbeiter im Auswärtigen Amt noch Zweck und Ziel der Reisen über- sehen, die in letzter Zeit von München aus wiederholt nach Saarbrük- ken unternommen wurden. Wenn als Ergebnis einer dieser Reisen eine Denkschrift zum Saarproblem angekündigt und gleichzeitig von saarlät- dischen Kohlelieferungen an Bayern gesprochen wurde, so stimmt allem 1 die Möglichkeit solcher Kombinationen bedenklich. Während offiziell über die Saarfrage geschwiegen wird, scheinen uns gerade solche Krei- se ihre Verantwortung für die Saar zu entdecken, deren Konzeptionen und deren Hintermänner wenig geeignet sind, Deutschlands wirtschaft- liche und politische Interessen in dieser Frage zu vertreten. So lan- ge die Bundesregierung ihre Saarpolitik nicht bekanntgibt, werden aber diese Kreise in Saarbrücken offene Türen finden und vermutlich auch als Ausdruck des politischen Willens der Bundesrepublik gewer- tet werden. Die Folge kann nur eine Stärkung der bisherigen französi- schen Saarpolitik sein. Der Preis dieses Risikos sollte auch der Bundesregierung zu hoch sein, mit welchen Gründen sie auch immer ihr "taktisches" Schweigen in der Saarfrage erklären wird.

Verantwortlich: Peter Ravenau